



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Sayonara!

Energiewende auf Japanisch



Anti-AKW-Demonstration vor dem japanischen Parlament, 29. Juli 2012, Foto: dpa

Die Atomkatastrophe im japanischen Fukushima vom 11. März 2011 nach einem Tsumami war der maßgebliche Auslöser für den Entschluss einer schwarz-gelben Bundesregierung, bis zum Jahr 2022 aus der Atomenergie auszusteigen. Damit wurde auch die jahrzehntelange Arbeit umweltpolitischer Nicht-regierungsorganisationen (NRO) – ohne Frage durch ein schreckliches Ereignis – zu einem vorläufigen Erfolg geführt. Auch die Umsetzung der so genannten Energiewende in Deutschland wird von mitgliederstarken Organisationen wie dem BUND oder dem NABU begleitet – durch die fachlich fundierte Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren ebenso wie durch außerparlamentarischen Druck.

Doch was ist seither in Japan passiert? Einem Land, das bis zum Frühjahr 2011 beinahe ein Drittel seines Strombedarfs aus der Kernkraft bezog und in dem erneuerbare Energien bislang kaum eine Rolle spielten? Dessen Bürger an regelmäßige Naturkatastrophen beinahe gewöhnt sind und die – zumindest aus deutscher Perspektive – nicht zu massenhaften und lauten Protesten neigen?

Ohne Zweifel haben Regierung und Atomwirtschaft, in Japan ohnehin eng miteinander verflochten, gerade bei vielen jüngeren Japanern einen enormen Vertrauensverlust erlitten. Der Regierung und dem Betreiber TEPCO wird vorgeworfen, unmittelbar nach dem GAU aus finanziellen Gründen und

aus Angst vor den Konsequenzen nicht rechtzeitig alle notwendigen Maßnahmen ergriffen und Informationen zurückgehalten zu haben. Mitte Juni 2012 haben deshalb über 1.000 Einwohner der Präfektur Fukushima insgesamt 33 Verantwortungsträger von TEPCO, den Atomsicherheitsbehörden und der Regierung verklagt.

Ungewohnte Proteste

Gleichzeitig erlebte Japan in den vergangenen 16 Monaten Demonstrationen ungeahnten Ausmaßes. Jeden Freitag protestierten Tausende vor dem Amtssitz von Premierminister Yoshihiko Noda gegen Atomenergie. Auch vor den Standorten von Atomkraftwerken, die nach einer Wartungsphase wieder ans Netz gehen sollten, gab es Massenkundgebungen. Die Bewegung „Atomkraft, Sayonara!“ (dt.: auf Wiedersehen) mit bekannten Persönlichkeiten wie dem Schriftsteller und Nobelpreisträger Kenzaburo Oe und dem Musiker Ryuichi Sakamoto sammelte innerhalb eines Jahres rund 7,5 Millionen Unterschriften gegen die Abhängigkeit des Landes von der Atomenergie. Die Proteste haben Wirkung gezeigt. Am ersten Maiwochenende 2012 wurde mit dem Reaktorblock 3 des Kraftwerkes in Tomari der letzte von 54 Reaktoren vorerst abgeschaltet.

INHALT

Seite 2
Editorial

Seite 4
Verantwortung für die Vielfalt
Plädoyer für einen
Nationalpark Teutoburger Wald

Seite 6
Katastrophenschutz ist Menschenrecht
Der WeltRisikoBericht 2012

Seite 7
Hohe Auszeichnung
Bürgerheide als Projekt der
UN-Dekade Biologische Vielfalt
ausgezeichnet

Artenvielfalt und regionale Kultur
Das Obst-Arboretum Olderdissen
in Bielefeld

Seite 8
Viele Verlierer, wenige Gewinner
Globale Folgen der großen Dürre
in den USA

Seite 10
Was wurde aus ...
... dem Ausbau des Welthauses
Bielefeld zum Kompetenzzentrum
für nachhaltiges Lernen?

Seite 11
Neu geförderte Projekte

Seite 12
Hinweise

Impressum



Foto: dpa

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

anderthalb Jahre liegt die Atomkatastrophe von Fukushima nun schon zurück. Ausgelöst durch ein Erdbeben hat sie tektonische Verschiebungen in der japanischen Gesellschaft in Gang gesetzt, die für uns erst jetzt langsam in ihrem Charakter und ihrem Umfang erkennbar werden. Japanische Bürger haben zu Zehntausenden über viele Monate gegen die Kernenergie demonstriert. Nun hat die Regierung darauf reagiert und den Ausstieg verkündet. Die Häufigkeit und Stärke der Demonstrationen, die Beharrlichkeit der Menschen und die Entschiedenheit ihrer Forderungen zeigen an, dass das harmonische, geradezu symbiotische Verhältnis zwischen japanischem Staat, großen Unternehmen und der Zivilgesellschaft eine Änderung erfahren hat. Der Vertrauensverlust der Regierung und des AKW-Betreibers TEPCO bringt die Menschen dazu, sich auf ihre eigene Kraft zu besinnen und sich eigenständig zu organisieren. Bärbel Höhn, bis 2005 Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen, war im Sommer mehrere Wochen lang in Japan. Sie wertet zwar den Ausstiegsbeschluss der Regierung als überwiegend taktisch bestimmt und rechnet mit Versuchen seiner Verwässerung oder Aufhebung nach den nächsten Wahlen. Aber der Beschluss zeugt erst einmal von dem enormen Veränderungsdruck in der japanischen Gesellschaft. Wir werden mit großem Interesse verfolgen, wie die Entwicklung weitergeht.

Zivilgesellschaftliche Beharrlichkeit und Stärke sind offensichtlich auch erforderlich, um den Nationalpark Teutoburger Wald seiner Verwirklichung näher zu bringen. Wir halten diesen Nationalpark für naturschutzfachlich geboten und regionalwirtschaftlich sinnvoll. Deshalb fördern wir die Arbeit der Informationsstelle der Naturschutzverbände zu diesem Projekt. Wir wissen, dass ein solches Projekt nicht zu haben ist, ohne auch mit entgegenstehenden, legitimen Interessen in Konflikt zu geraten. Wo dies der Fall ist, treten wir für einen fairen Interessenausgleich ein. Wir wissen aber auch, dass es ideologisch bestimmte Positionen gibt, die keinem sachlichen oder fachlichen Argument mehr zugänglich sind. Hier ist die Politik auf die Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement angewiesen. Einen Bericht zur naturschutzfachlichen Bedeutung des geplanten Nationalparks und zum Stand seiner Realisierung finden Sie auf Seite 4.

Welche Folgen die diesjährige Dürre im Mittleren Westen der USA für die Entwicklung der dortigen Zivilgesellschaft hat, ist für uns noch schwer einzuschätzen. Obwohl das Desaster noch andauert, ist es in den letzten Wochen wieder aus unseren Medien verschwunden. Drastische Ernteeinbrüche und Viehverluste werden ihre Spuren in den Bilanzen der einschlägigen Versicherungen hinterlassen. Viele kleine Farmer und Rancher

stehen vor großen Existenzproblemen, weil sie die Beiträge zu den Ernteausfallversicherungen sparen wollten oder sich nicht leisten konnten. Die Dürre hat weitreichende ökologische, ökonomische und soziale Folgen, nicht nur für die USA, sondern weltweit. Zu den Opfern gehören die betroffenen Farmer und Rancher, aber auch die getreideimportierenden armen Länder, die unter dem extrem hohen Preisniveau leiden. Selbstverständlich gibt es auch Gewinner, wie Sie in unserem Artikel auf Seite 8 nachlesen können. Sicherlich hinterlässt die Dürre ihre Spuren in Politik und Kultur der USA, so wie dies auch in den 1930er-Jahren geschehen ist und unter anderem in den Werken von John Steinbeck seinen Niederschlag gefunden hat. Welche es dieses Mal sein werden, ist für uns gegenwärtig noch nicht erkennbar. Wir hören oder lesen bisher nichts von einer Bewegung gegen den beschleunigten Klimawandel oder für eine nachhaltige Landwirtschaft. Bei den bevorstehenden Präsidentschafts- und Kongresswahlen ist der betroffene „corn belt“ eher das Terrain der Republikaner als der Demokraten. Wir werden versuchen, die Entwicklung weiter zu beobachten, und gegebenenfalls in einer späteren Ausgabe unseres Rundbriefs darauf zurückkommen.

Ich hoffe, dieser Rundbrief trifft auf Ihr Interesse. Schreiben Sie uns, wie er Ihnen gefällt:
info@sue-nrw.de

*Bleiben Sie engagiert.
Ihr Eberhard Neugebohrn*

→ Fortsetzung von Seite 1

Energiewende auf Japanisch

Am 14. September verkündete das Kabinett den Atomausstieg bis zum Jahr 2040 – nur um fünf Tage später zurückzurufen. In verschiedenen Pressekonferenzen schwächten Handelsminister Yukio Edano und Finanzminister Jun Azumi das Ausstiegsszenario ab. Das konkrete Datum hänge auch vom Willen der Nutzer, den technologischen Innovationen sowie dem energiepolitischen Umfeld ab. Außerdem müsse die Politik flexibel sein, um allzu große Lasten für die Bürger zu vermeiden.



Bärbel Höhn, MdB, Foto: Bündnis 90/Die Grünen



PD Dr. Christian Tagsold, Foto: privat

Einflussreiche Atomlobby

Die stellvertretende Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion und frühere NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn, die Japan kürzlich auf einer energiepolitischen Sommerreise besucht hat, geht denn auch davon aus, dass der Ausstiegsbeschluss „eher taktischer Natur war“. Die Atomlobby habe in Japan einen noch viel größeren Einfluss auf die Politik als in Deutschland: „Ob ein wie auch immer verwässerter Beschluss nach der Wahl noch trägt, ist sehr fraglich.“

Machtpolitisch befindet sich die japanische Regierung fraglos in einem Dilemma. Die Wirtschaft des Landes kommt nicht aus einer anhaltenden Krise, das Land ist enorm verschuldet. Japan besitzt kaum Bodenschätze und ist zur Sicherung seiner Energieversorgung derzeit zu beinahe 90 Prozent auf den Import von Kohle, Gas und Öl angewiesen. Nach Berechnungen des japanischen Wirtschaftsministeriums würde ein Ausbau der erneuerbaren Energien auf einen Anteil von 20 Prozent bis zum Jahr 2030 rund 400 Milliarden Euro kosten. Darüber hinaus würde Japan beim Verzicht auf Atomkraft seine Klimaschutzverpflichtungen auf absehbare Zeit nicht erfüllen können. Nach der AKW-Abschaltung rechnen Experten bereits 2012 mit einem um knapp sechs Prozent höheren CO₂-Ausstoß als im Vorjahr.

Gleichzeitig fürchtet die regierende Demokratische Partei vorgezogene Neuwahlen, die nach einem Deal mit der Opposition über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wohl noch in diesem Jahr stattfinden werden. Ein „Weiter so“ in der Atompolitik dürfte von den Wählern kaum honoriert werden. Bei den Gouverneurswahlen in der Präfektur Yamaguchi erreichte der Atomkritiker Tetsunari Iida rund 35 Prozent der Stimmen, obwohl er sich erst drei Wochen vor dem Urnengang für eine Kandidatur entschieden hatte.

Was machen die Grünen?

Die im Juli neu gegründete Grüne Partei Japans will schon bei der nächsten Parlamentswahl eigene Kandidaten aufstellen. Bärbel Höhn beschreibt diese Partei als „eine Mischung aus denen, die wir hier Alt-68er nennen würden, zum Teil sehr jungen Leuten und überdurchschnittlich vielen Frauen“. Leider sei es sehr schwer, in Japan eine neue Partei zu gründen, da pro Kandidat Registrierungsgebühren von rund 60.000 Euro gezahlt werden müssten, die bei einer Nichtwahl verloren seien. Dass die Wähler den Namen ihres Kandidaten selber auf den Wahlzettel schreiben müssten, mache es für unbekannte Kandidaten noch einmal schwieriger: „Die Grünen überlegen daher, mit bekannten Persönlichkeiten ohne Parteibindung anzutreten. Das führt aber zu einer gewissen Unsicherheit, wie loyal diese Abgeordneten später gegenüber dem grünen Programm sind“, so Höhn.

In Deutschland wird eine funktionierende Zivilgesellschaft als wichtiges basisdemokratisches Korrektiv der etablierten Politik gesehen. Zivilgesellschaftliche Gruppen gelten überwiegend als glaubwürdig, kompetent und konfliktfähig. Das ist in Japan bislang anders, sagt Bärbel Höhn, „dort gilt Harmonie in Familie und Gesellschaft als oberstes Gebot“. Auch deshalb seien die Demonstrationen gegen die Atomenergie etwas fundamental Neues: „Vor Fukushima hätte es eine solche Bewegung nicht geben können.“

Kôbe als Geburtsstunde der Zivilgesellschaft

PD Dr. Christian Tagsold vom Institut für Modernes Japan an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität sieht weniger Fukushima als vielmehr eine Naturkatastrophe aus dem Jahr 1995 als „wichtigen Wendepunkt für die japanische Zivilgesellschaft“. Im Rahmen eines öffentlichen Workshops am 28. Juli 2012 sprach

Tagsold in seinem Vortrag mit dem Titel „Zivilgesellschaft nach 3/11 – jenseits von Fukushima“ von einer „Verzauberung mit der Idee der Zivilgesellschaft, die einen großen Schub durch die Ereignisse nach dem Erdbeben von Kôbe erfahren hat“. Dies gelte zumindest für die herrschende öffentliche Wahrnehmung, nach der die staatlichen Institutionen überfordert gewesen seien und nur die runde Million an Freiwilligen eine humanitäre Katastrophe verhindert habe. Auch aus diesem Grund sei 1998 ein NRO-Gesetz beschlossen worden, das es Gruppen in Japan seither leichter macht, als Verein Rechtsstatus zu erlangen.

Tagsold richtet seinen Blick eher auf die helfende, unterstützende Funktion bürgerlichen Engagements als auf die fordernde, Politik beeinflussende und verändernde Seite. Dabei bezweifelt er den aus seiner Sicht allzu simplen Gegensatz zwischen aktiven Bürgern auf der einen und einem unfähigen Staat auf der anderen Seite. So habe es bereits in den 1970er-Jahren staatliche Initiativen gegeben, die auf die Rekrutierung von Freiwilligen für Notfallsituationen abzielten. Mit den Jahren habe der Staat immer mehr solcher Aufgaben outgesourct – in erster Linie aus Kostengründen – und damit „die Bürger in gewisser Weise auf einen Fall wie 1995 vorbereitet“. Nach Fukushima hat Tagsold die Aktivitäten einer Vereinigung japanischer Wohngruppen für Demente in der Krisenregion untersucht und auch dort „keinen echten Widerspruch zwischen Staat und bürgerlichem Engagement“ festgestellt. Tagsold beschreibt darüber hinaus einen aus seiner Sicht zentralen Unterschied zwischen Japan und Deutschland: In Japan funktioniere bürgerliches Engagement nicht durch große Akteure wie das Rote Kreuz oder den NABU, sondern durch eine hervorragende Vernetzung, auch mit Repräsentanten staatlicher Institutionen. „Das ist flexibler, aber weniger beständig. Wenn Schlüsselpersonen ausfallen, gibt es Probleme.“

Verantwortung für die Vielfalt

Plädoyer für einen Nationalpark Teutoburger Wald

Kommt er oder kommt er nicht? Die Chancen für einen Nationalpark Teutoburger Wald schienen schon einmal größer. Aktuell sind die Verhandlungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband Lippe über einen Flächentausch ins Stocken geraten, der als Schlichter bestellte ehemalige Staatssekretär Günter Kozlowski ist deshalb zur Untätigkeit verdammt. Die Adelsfamilie zur Lippe zeigt weiterhin keinerlei Bereitschaft, Flächen von knapp 2.000 Hektar für einen Nationalpark zur Verfügung zu stellen.

Jetzt wurde, nach übereinstimmenden Zeigungsmeldungen, durch den Kreis Lippe ein

neuer Vorschlag in den Ring geworfen: Ein deutlich verkleinertes Gebiet – ohne die Wälder des Prinzen zur Lippe und auch ohne eine Fläche im Norden um Detmold-Pivitsheide – soll zunächst als Nationalpark ausgewiesen werden. Das Gebiet soll dann allmählich um Flächen in der südlichen Senne erweitert werden, die noch bis zum Jahr 2020 von der britischen Armee als Truppenübungsplatz genutzt werden. Allerdings reklamiert auch die Bundeswehr dieses Areal für sich. Ob ein Nationalpark in bestimmten Bereichen militärisch genutzt werden kann – wie etwa in Großbritannien durchaus üblich –, verspricht weitere heftige Diskussionen.

Seit vielen Jahren halten wir tropischen Ländern vor, dass sie ihre Regenwälder nur unzureichend schützen. Doch wie gehen wir mit unseren Naturparadiesen um? In Ostwestfalen droht ein solches jetzt zwischen vielen unterschiedlichen Partikularinteressen zerrieben zu werden. Dabei wurde der wirtschaftliche Nutzen für die Region in mehreren Studien längst nachgewiesen, auch die Erfahrungen aus anderen Nationalparks in der Eifel oder dem Kellerwald belegen das ökonomische und ökologische Potenzial einer Nationalpark-Ausweisung.



Biologische Vielfalt ist ein bedeutendes Ziel

Es scheint an der Zeit, noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, warum es bei der Ausweisung eines Nationalparks Teutoburger Wald vor allem geht: nämlich um einen elementaren Beitrag zum Erhalt und zur Verbesserung der biologischen Vielfalt – ein Ziel, dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Die 2007 von der Bundesregierung beschlossene Nationale Biodiversitätsstrategie macht die Vorgabe, bis zum Jahr 2020 zwei Prozent der Gesamtfläche und fünf Prozent aller Waldflächen in Deutschland aus der Nutzung zu nehmen. Derzeit sind es höchstens 0,5 bzw. 1,8 Prozent. Auch deshalb fordert der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Dachverband der Umwelt- und Naturschutzverbände in Deutschland, die Auflage und Umsetzung eines bundesweiten Nationalparkprogramms. Neben einem Nationalpark Teutoburger Wald müssten weitere Parke, etwa in Bayern (Steigerwald), Rheinland-Pfalz (Soonwald oder Pfälzer Wald) oder Baden-Württemberg (Nordschwarzwald), eingerichtet werden.

Ein Nationalpark Teutoburger Wald bezöge seine ökologische Bedeutung insbesondere durch einen hohen Anteil naturnaher Eichen- und Buchenwälder. Deutschland beherbergt rund ein Viertel des weltweiten Gesamtareals der Rotbuche und besitzt deshalb eine große Verantwortung für den Schutz der Buchenwälder sowie der dort lebenden Arten – Arten wie der Rotmilan, von dem über 50 Prozent des weltweiten Bestandes in Deutschland brüten und der in Ostwestfalen-Lippe einen Verbreitungsschwerpunkt hat. Überhaupt ist die Artenvielfalt in Buchenwäldern bemerkenswert: Über 1.800 Pilzarten sind hier zu finden, rund 330 Holz bewohnende Insektenarten leben an der Buche. Die UNESCO hat im Juni 2011 fünf besonders naturnahe Buchenwaldgebiete in Deutschland zum Weltkulturerbe erklärt.

Wertvolle alte Wälder

Ein richtiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Denn viele auf alte Wälder und auf urwaldähnliche Strukturen angewiesene Arten

sind bei uns nach wie vor durch die intensive forstliche Nutzung der Bäume gefährdet. In der Regel werden Buchen meist mit 120 bis 140 Jahren und Eichen im Alter von 200 bis 300 Jahren geerntet. Allerdings können Buchen bis zu 350 und Eichen über 850 Jahre alt werden. Und gerade in der zweiten Lebenshälfte der Bäume entstehen jene Strukturen, auf die Arten wie der Schwarzspecht, die Bechsteinfledermaus, die Wildkatze oder der Hirschkäfer angewiesen sind. Darüber hinaus speichern alte Wälder große Mengen Kohlenstoff und tragen so zum Klimaschutz bei.

Viele Strukturen und Prozesse dynamischer Naturwälder gibt es im Wirtschaftswald kaum, etwa das klein- und großflächige Zusammenbrechen einzelner Bestandsmitglieder, die massenhafte Akkumulation von Totholz oder der ungestörte Ablauf verschiedener Sukzessionsstadien nach Sturmschäden. Deshalb sind für den Erhalt der biologischen Vielfalt der Wälder auch vollständig nutzungsfreie Bereiche notwendig, wie sie sich in den Kernzonen von Nationalparks finden – die in der Regel aber nur rund ein Drittel der gesamten Nationalparkfläche ausmachen. Diese Waldflächen dienen gleichzeitig als Rückzugsräume und Spenderflächen für besonders bedrohte Tier- und Pflanzenarten, von denen sie sich wieder in andere Gebiete ausbreiten können. Solche Wälder sind in Deutschland extrem selten. So finden sich ungenutzte Buchenwälder in einem Alter von mehr als 160 Jahren nur noch auf 0,16 Prozent der Landfläche, und das, obwohl die Buchenwälder in Deutschland natürlicherweise etwa 67 Prozent der Landfläche bedecken würden.

Vom jungen Baum zum toten Holz

Bei seinem Vortrag auf der Nationalparkmesse am 20. Mai 2012 in Bad Lippspringe betonte Michael Bellinghausen vom Naturwissenschaftlichen Verein Paderborn mit Blick auf die biologische Vielfalt, „dass wir in einem Teil des Waldes ein Spektrum brauchen, das vom jungen Baum bis zu den Bäumen, die in die Zerfallsphase übergehen, alle Stadien des

Lebenszyklus enthält“. Die Flächenkulisse des Teutoburger Waldes bietet dafür hervorragende Voraussetzungen und eine Chance, die wir uns nicht entgehen lassen dürfen.

Nach dem Scheitern der Vorgabe, das weltweite Artensterben bis zum Jahr 2010 zu stoppen, haben die Vereinten Nationen die Jahre von 2011 bis 2020 zur internationalen UN-Dekade der biologischen Vielfalt ausgerufen. Die Ausweisung eines Nationalparks Teutoburger Wald wäre ein klares Signal, dass Deutschland und Nordrhein-Westfalen ihrer Verantwortung für die Biodiversität gerecht werden.

Die Stiftung fördert die Einrichtung und den Ausbau der Koordinierungsstelle Nationalpark Teutoburger Wald mit 86.300 Euro.

→ Weitere Informationen unter www.nabu-lippe.de und www.nationalpark-ja-bitte.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3447

→ Unter www.nationalpark-ja-bitte.de kann man sich mit einer Unterschrift für einen Nationalpark Teutoburger Wald aussprechen.

Terminhinweise

Die Nationalpark-Koordinierungsstelle der Naturschutzverbände in OWL bietet monatlich kostenlose Wanderungen an, um vor Ort aufzuzeigen, was ein Nationalpark bedeutet, welche Veränderungen zu erwarten sind und warum die Natur und wir Menschen vom Nationalpark profitieren werden.

→ 14.10.2012 Wanderparkplatz Zollstockweg, Horn-Bad Meinberg, Ortsteil Kempen

→ 11.11.2012 Wanderparkplatz Heidental, Detmold-Hiddesen
Treffpunkt jeweils 14.00 Uhr,
Dauer ca. drei Stunden



Foto: Kyodo, dpa

Katastrophenschutz ist Menschenrecht

Der WeltRisikoBericht 2012



Am 12. September hat das Bündnis Entwicklung Hilft in Bonn den WeltRisikoBericht 2012 im Rahmen einer gut besuchten Fachtagung vorgestellt. Wie schon bei der Premiere im vergangenen Jahr steht der vom Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS) in Kooperation mit dem Bündnis erarbeitete WeltRisikoIndex im Mittelpunkt des Berichts. Dieser Index berechnet für 173 Länder weltweit das Risiko, Opfer einer Katastrophe als Folge eines Naturereignisses zu werden.

Der WeltRisikoIndex ist modular aufgebaut und beinhaltet vier Komponenten: Gefährdung bzw. Exposition gegenüber Naturgefahren, Anfälligkeit, Bewältigungskapazitäten und Anpassungskapazitäten. Mit einem Wert von 36,31 Prozent ist das Risiko für eine Katastrophe im pazifischen Inselstaat Vanuatu am größten. Malta und Katar haben mit einem Prozentsatz von 0,61 bzw. 0,10 Prozent das geringste Risiko weltweit. Deutschland liegt mit 3,27 Prozent auf Rang 146 und damit in der niedrigsten der fünf Risiko-Klassen.

Die Zerstörung der Umwelt trägt wesentlich zur Erhöhung des Katastrophenrisikos bei, lautet eine zentrale Aussage des WeltRisiko-Berichtes 2012. „Umweltzerstörungen im globalen Maßstab werden zunehmend auch zu einer direkten Gefahr für die Menschen“, so

Peter Mucke, Geschäftsführer des Bündnis Entwicklung Hilft. Entwaldete Hänge und der Verlust von schützenden Riffen, Mangroven und Feuchtgebieten ließen Naturgewalten mit ungleich größerer Wucht auf bewohnte Gebiete treffen.

Dabei bildeten gerade Riffe und Mangroven „einen natürlichen Küstenschutz mit einer Nachhaltigkeit und Kosteneffizienz, die ‚graue Lösungen‘ wie Meeresswälle und Wellenbrecher aus Beton niemals erreichen können“, so Michael W. Beck, Meeresbiologe bei der Umweltschutzorganisation The Nature Conservancy (TNC), die beim WeltRisikoBericht 2012 als Kooperationspartner für das Schwerpunkt-kapitel „Umweltzerstörung und Katastrophen“ beteiligt ist.

Dr. Jörn Birkmann, der wissenschaftliche Leiter des WeltRisikoIndex-Projektes an der Bonner UN-Universität, bezeichnete Regionen in Ozeanien, in Südostasien, im südlichen



Michael W. Beck (TNC), Foto: SUE/B. Pieper

Sahel und insbesondere in Mittelamerika und der Karibik als „globale Hotspots des Katastrophenrisikos“. Acht der 15 Staaten mit dem höchsten Risiko seien tropische Länder mit größeren Küstenzonen. Dort treffe eine hohe Gefährdung gegenüber Naturgefahren und Klimawandel auf sehr verwundbare Gesellschaften.

Welche Bedeutung Faktoren wie Ernährungssituation, öffentliche Infrastruktur, medizinische Versorgung, Regierungsführung und Bildungsniveau bei der Bewältigung von Naturkatastrophen zukommt, zeigt der Vergleich zweier Erdbeben ähnlicher Stärke in Neuseeland und Haiti. Während Neuseeland 187 Todesopfer zu beklagen hatte, kostete das Erdbeben in Haiti über 220.000 Menschenleben. Für Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, belegt der WeltRisiko-Bericht denn auch „die entscheidende Rolle verantwortlichen staatlichen Handelns bei der Katastrophenprävention und -bewältigung“. Deshalb müsse „Katastrophenprävention zu einem elementaren Bestandteil der internationalen Entwicklungsverhandlungen werden“, so Bündnis-Geschäftsführer Peter Mucke.

Die Stiftung hat die Erstellung des WeltRisikoBerichts 2012 mit 25.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter www.weltrisikobericht.de sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5190

Hohe Auszeichnung

Bürgerheide als Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet

Viele seltene Arten der offenen Landschaft wie Kreuzkröte, Blauflügelige Ödlandschrecke, Schwalbenschwanz oder Zauneidechse machen die Dellbrücker Heide im Nordosten Kölns zu einem besonders wertvollen Lebensraum. Deshalb hat die Stadt Köln diesen nur 40 ha großen Teilraum der Bergischen Heideterrasse im Jahr 2010 unter Naturschutz gestellt.

Mit seinem Projekt „Bürgerheide – wohnortnaher Naturschutz für alle“ motiviert der BUND Köln Anwohner des Naturschutzgebiets zum Schutz ihres unmittelbaren Lebensumfelds. Eine BUND-Ortsgruppe betreibt in Abstimmung mit der Stadt Köln Öffentlichkeitsarbeit und führt gemeinsam mit naturbegeisterten Bürgern Naturschutzmaßnahmen durch. Am 16. August 2012 wurde die „Bürgerheide“ als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet. In seiner Laudatio hob Janus Fröhlich, Schlagzeuger



Foto: BUND/S. Wanti

der Kölner Band „Höhner“ und UN-Dekade-Botschafter, hervor, „dass hier der Naturschutz unter Einbeziehung der Bürger vor Ort erfolgt“.

Passend zu dieser Auszeichnung wurde am 8. September ein Kurzschwänziger Bläu-

ling in der Dellbrücker Heide beobachtet. Diese Schmetterlingsart wurde zuletzt 1930 in Nordrhein-Westfalen nachgewiesen und gilt laut Roter Liste für NRW als verschollen bzw. ausgestorben. Dass sie jetzt in der Dellbrücker Heide wieder gesichtet wurde, ist ein weiterer Beweis für die herausragende Bedeutung dieses Naturschutzgebietes.

Die Stiftung hat das Projekt „Bürgerheide – wohnortnaher Naturschutz für alle“ mit 22.540 Euro unterstützt.

➔ Weitere Informationen unter www.dellbruecker-heide.net sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3347



Foto: SUE/E. Neugebohn

Artenvielfalt und regionale Kultur

Das Obst-Arboretum Olderdissen in Bielefeld

Während zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch rund 1.000 Apfelsorten in Deutschland angebaut wurden, finden sich heute in den meisten Obstregalen die immer gleichen höchstens zehn Sorten. Auch bei Birnen oder Steinobst sucht man die Sortenvielfalt vergebens. Um die genetische Vielfalt beim Obst zu bewahren und auf diesem Weg einen Beitrag zur Agro-Biodiversität zu leisten, wurde durch den Pomologen-Verein 1995 in Bielefeld auf dem Gelände der ehemaligen städtischen Baumschule das Obst-Arboretum Olderdissen angelegt.

Zunächst wurden vor allem alte und neue Apfelsorten angepflanzt. 2005 kamen nach einer Flächenerweiterung Kirschen-, Pflaumen- und Aprikosensorten hinzu. Heute findet man auf der für Nordrhein-Westfalen einzigartigen Anlage 508 Obstsorten. Das Obst-Arboretum, das ohne chemische Pflanzenschutzmaßnahmen arbeitet, ist Mitglied im „Erhaltnetzwerk

Obstsortenvielfalt“ des Pomologen-Vereins und seit 2012 auch kooperierendes Mitglied der Deutschen Genbank Obst.

Beim Tag der offenen Tür des Obst-Arboretums am 31. August 2012 bezeichnete Landesumweltminister Johannes Rammel alte Obstsorten und Streuobstwiesen als „wichtig nicht nur für die Artenvielfalt, sondern für die regionale Kultur und Identität“. In den kommenden Jahren sollen der Obstsortengarten auf 670 Bäume aufgestockt und die Informationsmöglichkeiten für die Besucher durch Sortenschilder, Schautafeln sowie ein Faltblatt verbessert werden.

Die Stiftung unterstützt den Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit mit 10.000 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.pomologen-verein.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3489



Foto: Tim Glass, fotolia

Viele Verlierer, wenige Gewinner

Globale Folgen der großen Dürre in den USA

Seit Monaten kein Regen und vor November wird sich das nach Meinung der Fachleute auch kaum ändern. Rund 1.600 Landkreise in 32 Staaten sind zu Notstandsgebieten erklärt worden. Nach Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums wird die Maisernte so niedrig wie zuletzt vor 17 Jahren ausfallen, bei Sojabohnen wird mit dem geringsten Ertrag seit 2003 gerechnet. Besonders betroffen sind Staaten des so genannten „corn belt“ wie Illinois, Kansas, South Dakota, Ohio oder Oklahoma, wo neben dem Getreideanbau die Rinderzucht die Haupteinnahmequelle für viele Farmer ist. Eine Anbaufläche annähernd so groß wie Belgien und Luxemburg zusammen, wurde durch die Dürre komplett vernichtet.

Nicht wenige fühlen sich angesichts der aktuellen Lage im Mittleren Westen der USA an John Steinbecks „Früchte des Zorns“ erinnert – an jene Periode des „dust bowl“ zu Beginn der 1930er-Jahre, als eine extreme Dürreperiode mit gewaltigen Staubstürmen viele Farmer und Farmarbeiter in Texas, New Mexico, Oklahoma, Colorado und Kansas um ihre Existenz brachte. Doch die Situation hat sich grundlegend geändert. Zwar sind auch heute nicht wenige Menschen von enormen wirtschaftlichen Einbußen betroffen, doch kaum einer dürfte sich wie Steinbecks Protagonist Tom Joad mit seiner Familie auf den langen (und bitter endenden) Weg ins (ebenfalls staubtrockene) Kalifornien machen.

Die meisten Landwirte in den USA profitieren in Krisensituationen von der staatlichen Ernteversicherung. Agrarökonomern rechnen für 2012 mit Entschädigungszahlungen in Höhe von weit über 30 Milliarden Dollar. Dazu kommen noch die Direktsubventionen aus dem US-Landwirtschaftsministerium, die in diesem Jahr mit mehr als zehn Milliarden Dollar knapp sieben Prozent über denen von 2011 liegen werden. Allerdings ist die Zukunft dieser Absicherung offen, da die „farm bill“ – ein umfassendes Landwirtschaftsgesetz, das u. a. auch Versorgungsansprüche und Subventionen regelt – in diesem Jahr ausläuft und die Verhandlungen über eine Neufassung wegen des US-Wahlkampfes derzeit stagnieren.

Gewaltiger Wasserverbrauch

Viele Farmer haben zudem Bewässerungssysteme für ihre Felder angelegt, die bei anhaltender Dürre auf das Grundwasser zurückgreifen. Diejenigen, denen die Investitionskosten dafür zu hoch waren, werden Ernteeinbußen von bis zu 80 Prozent erleiden. Eine andere, noch vollkommen ungeklärte Frage ist die nach den ökologischen Folgen der massiven Grundwasserentnahme bei mehreren trockenen Jahren, nicht nur in den USA: Nach einer aktuellen Studie eines Wissenschaftlerteams an der niederländischen Universität Twente ist die Agrarproduktion bereits heute für 92 Prozent des globalen „Wasserfußabdrucks“ verantwortlich.

Wie in jeder Krise gibt es auch in diesem Fall Gewinner. Dazu gehören die Farmer in US-Staaten wie North Dakota, die von der Dürre weniger betroffen sind und die nach Prognosen des US-Landwirtschaftsministeriums bis zu 50 Prozent mehr verdienen dürften als in den Jahren zuvor. Und auch die deutschen Landwirte profitieren von der weltweiten Getreideknappheit, denn auch in Indien oder Russland fielen große Teile der Ernte einer anhaltenden Trockenperiode zum Opfer. Bis zu 240 Euro pro Tonne Weizen konnten deutsche Bauern in diesem Jahr Erlösen, 2011 waren es gerade einmal 200 Euro.

Zu den Gewinnern zählen auch jene Spekulanten, die auf steigende Getreidepreise setzten oder ihr Depot mit Aktien aus der Agrarindustrie auffüllten. Mais und Soja erzielten in diesem Sommer an den Rohstoffbörsen Höchstpreise, Weizen lag nur knapp unter dem bisherigen Rekordjahr 2008. Doch dafür ist nicht alleine die andauernde Trockenperiode in manchen Agrarstaaten verantwortlich.

Immer mehr Biosprit

Grundsätzlich wächst die weltweite Nachfrage nach Agrarrohstoffen rasant. Immer mehr Menschen essen Fleisch. Europa, die USA und Schwellenländer wie Brasilien ersetzen zunehmend fossile Energieträger wie Erdöl oder Koh-

le durch Pflanzen. Seit die US-Regierung im Jahr 2005 eine Quote für den Anteil an Bio-Kraftstoff festgelegt hat, wird nur noch gut die Hälfte der jährlichen Maisernte für die Ernährung verwendet. Der Generaldirektor der Welternährungsorganisation FAO, José Graziano da Silva, hat die US-Regierung in diesem Sommer aufgefordert, angesichts der Ernteauffälle vorerst auf die Produktion von Ethanol zu verzichten.

Weltweit hat sich der Getreideverbrauch für Bioethanol seit 2006 mehr als verdoppelt, 2010 waren es über sechs Prozent der globalen Erntemenge. Auch bei uns sind mit Mais für Biosprit derzeit deutlich höhere Erlöse zu erzielen als etwa mit Brotweizen oder Roggen. Zwar sind wir noch weit von einer Lebensmittelknappheit entfernt, aber die steigenden Pachtpreise für Ackerland bereiten jenen Landwirten ohne eigene Flächen zunehmend Schwierigkeiten, die auf den Anbau von Lebensmittelgetreide oder Viehzucht setzen. Ein weiteres Problem ist der Verlust an Biodiversität in Monokulturen mit Energiepflanzen wie Mais oder Raps, deren Anbau zudem häufig mit hohem Pestizid- und Düngemittelsinsatz verbunden ist.

Die Hauptleidtragenden einer extremen Dürre sitzen vor allem in Ländern wie Kuba, Haiti oder Nigeria, die auf Importe von Lebensmitteln und Agrarrohstoffen angewiesen sind und deren Bewohner kaum finanzielle Reserven haben, um Preissteigerungen abzufangen. Weltweit müssen rund eine Milliarde Menschen schon heute 75 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Lebensmittel ausgeben, in Deutschland sind es gerade einmal zwölf Prozent. In Westafrika sind rund 18 Millionen Menschen von Hunger bedroht.

Klimawandel lässt Preise steigen

Inwieweit sich dieser bedrohliche Trend durch den Klimawandel verschärfen wird, lässt sich heute noch nicht mit endgültiger Sicherheit vorhersagen. Klimaforscher wie James Hansen von der NASA gehen davon aus, dass es im Zusammenhang mit der globalen Erwärmung weltweit immer häufiger heftige Hitzewellen

geben wird. Die im Auftrag der Hilfsorganisation OXFAM erstellte Studie „Extreme weather events and crop price spikes in a changing climate“ vom Institut of Development Studies an der University of Sussex beschreibt den Einfluss extremer Wetterereignisse auf das verfügbare Nahrungsangebot und kommt zu dem Schluss, dass sich vor dem Hintergrund des anhaltenden Klimawandels die Preise für Mais, Weizen oder Reis in Zukunft mehr als verdoppeln könnten.

Welch gewaltige politische Wirkung eine globale Lebensmittelkrise erzeugen kann, haben zuletzt die Hungerrevolten des Jahres 2008 gezeigt. Damals verhängten Länder wie Indien, China und Russland Exportverbote für Getreide und Reis, um die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu sichern. Die hohen Preise für Lebensmittel gelten heute als eine der zentralen Ursachen für die Aufstände in Ländern wie Ägypten und Tunesien. In Syrien, das zwischen 2006 und 2009 von schweren Dürreperioden betroffen war, zogen unzählige Landbewohner aus Not in die Städte. Dort gab es allerdings auch keine Arbeit, und so wuchsen die sozialen Probleme, die eine der Ursachen für den Aufstand gegen das Assad-Regime bilden.

Gerechtigkeit, ökologische Weitsicht, politische Stabilität – kann es wichtigere Gründe geben, sich eines Problems wie der globalen Lebensmittelsicherheit mit Nachdruck anzunehmen? Die 20 führenden Industrie- und Schwellenländer haben die Notwendigkeit zumindest erkannt, wie die regelmäßig einberufenen Krisengipfel belegen. Eine nachhaltige Strategie, die über Ankündigungen und kurzfristige Reparaturmaßnahmen hinausgeht, ist allerdings nicht in Sicht.

Die Stiftung fördert mehrere Vorhaben, die sich mit dem Problem der weltweiten Flächennutzung und der Ernährungssicherung beschäftigen, etwa das Projekt „Land satt“ des Südwind-Instituts für Ökonomie und Ökumene oder Veranstaltungen der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler zur „Zukunft der Ernährung“.

WAS WURDE AUS ...

dem Ausbau des Welthaus Bielefeld zum Kompetenzzentrum für nachhaltiges Lernen?

Der entwicklungspolitische Verein Welthaus Bielefeld entstand 1980 als „Dritte Welt Haus“ aus einer Wohngemeinschaft, die sich aus Mitgliedern des Aktionskomitee Afrika zusammensetzte, und mehreren Gruppen, die sich bereits seit den 1970er-Jahren entwicklungspolitisch engagierten. Im Zentrum der vielfältigen Aktivitäten standen von Beginn an Themen wie globale soziale Gerechtigkeit und zukunftsfähige Entwicklung. Gruppen wie Frauen für Südafrika, der Arbeitskreis Solidarische Kirche, die Katholische Hochschulgemeinde oder der Lateinamerika-Arbeitskreis fanden im Welthaus eine Heimat.

Spätestens um das Jahr 2000 wurde deutlich, dass die bisherigen, in einem Gründerzeitgebäude mit Anbau untergebrachten Räumlichkeiten den vielfältigen Ansprüchen an die Arbeit des Welthaus und der Partnerorganisationen nicht mehr genügten. Die zu geringe Fläche, die ungünstig geschnittenen Räume im Anbau, die fehlende Barrierefreiheit und die sich kontinuierlich verschlechternde Bausubstanz setzten der Arbeit des Welthaus enge Grenzen.

Mit dem Abriss des alten Anbaus und einem Neubau sollten mehrere Ziele erreicht werden: die einfachere Realisierung von Schulprojekten, die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen mit mehr als 30 Teilnehmenden, Versammlungen alter und neuer Gruppen und die Einrichtung einer Mediothek. Außerdem



Welthaus Bielefeld, Fotos: A. Schwiederski

sollte der Zugang für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer deutlich verbessert werden. „Der erste Anstoß für die Gestaltung des Neubaus kam von einem Architekturstudenten, der Mitglied im Welthaus war“, erinnert sich Welthaus-Geschäftsführerin Ulrike Mann.

Nach internen Workshops waren die Rahmendaten klar: Der Neubau sollte rund sein, eine klimaneutrale Holzfassade aus westfälischer Eiche erhalten und mit hochwirksamen Dämmstoffen sowie Fotovoltaikmodulen ein Beispiel für energieeffizientes Bauen darstellen. Bei der Gestaltung der Außenfassade packten zahlreiche Freiwillige aus einem internationalen Workcamp mit an. Nach der Grundsteinlegung im Oktober 2006 wurde das neue Kompetenzzentrum für globales Lernen im September 2007 eingeweiht. Die Stiftung hat den Neubau mit 561.893 Euro gefördert.

Wurden die genannten Ziele mit dem Neubau erreicht? „Bis auf die Mediothek können wir überall einen dicken Haken machen“, so Ulrike Mann. Eine klassische Mediothek mit Präsenzexemplaren sei aufgrund des veränderten Verhaltens der Mediennutzer nicht mehr zeitgemäß. „Wir sind aber heilfroh, dass wir den ursprünglich für die Mediothek vorgesehenen Raum für Seminare zur Verfügung stellen

können“, sagt Ulrike Mann. Die Auslastung sei enorm, insbesondere die Veranstaltungen im Rahmen des weltwärts-Programms seien ohne den Ausbau nicht zu realisieren gewesen.

Heute sind über 120 Menschen in zwölf Hausgruppen aktiv. Vierzehn hauptamtliche Kräfte arbeiten in den Feldern Bildung, Kultur, Auslandsprojekte, Freiwilligendienst, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, Fundraising und Verwaltung. Als regionales Zentrum mit bundesweiter Ausstrahlung ist das Welthaus Bielefeld eine feste Größe in der entwicklungspolitischen Landschaft in Deutschland. Dazu habe auch der Neubau beigetragen, so Ulrike Mann: „Durch diesen optischen ‚Marker‘ werden wir mehr und positiver wahrgenommen.“

Eine gute Grundlage für weitere Innovationen. Nachdem der Weltladen aus dem Altbau ausgezogen ist, plant man im Welthaus die Neugestaltung des Empfangsbereiches: „Wir wollen noch einladender werden“, beschreibt Ulrike Mann das Ziel. Auf die Umsetzung darf man gespannt sein.

➔ Weitere Informationen unter www.welthaus.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4395



Ulrike Mann

Neu geförderte Projekte

Kauf eines angemieteten Hauses Informationszentrum 3. Welt Minden <i>Das Informationszentrum kauft das Haus, das es seit 30 Jahren zusammen mit dem Weltladen Minden nutzt. Die Fördersumme besteht aus einer Zuwendung und einem zinslosen Kredit.</i>	1.9.2012–28.2.2015 E-4767 35.000 € + Darlehen 21.600 €	Regionale Wertschöpfungskette Streuobst NABU-Naturschutzstation Haus Wildenrath e. V. <i>Aufbau eines regionalen Kompetenznetzwerks zu Streuobst und Streuobstwiesen und zur Unterstützung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung des Obstes.</i>	15.7.2012–14.11.2014 U-3474 60.000 €
Schulprojekt: Wer hungert hier im Überfluss? Service Civil International Deutscher Zweig e. V. <i>Internationale und deutsche Freiwillige veranstalten in Schulen Workshops zu den Zusammenhängen zwischen Armut und Hunger einerseits und dem Überfluss bei uns andererseits.</i>	1.5.2012–31.1.2013 E-4795 26.000 €	Unterstützung von Bürgerprojekten BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. <i>Eine neue Koordinierungsstelle soll die Partizipation von Bürgergruppen, Umwelt- und Naturschutzorganisationen im chance.7-Naturschutzgroßprojekt im Rhein-Sieg-Kreis stärken.</i>	10.8.2012–9.8.2015 U-3475 67.020 €
Globalisierung am Beispiel Blumen/Vamos e. V. <i>Eigens qualifizierte Multiplikatoren und spezielle Unterrichtsmaterialien informieren angehende Floristen und andere Zielgruppen über die Vorteile fair gehandelter Blumen.</i>	1.5.2012–30.4.2013 E-4796 21.835 €	Grüner Zug – Kinder-Kunst-Demo Frauenmuseum – Kunst-Kultur-Forschung e. V. <i>Mit künstlerischen Mitteln und einer Kinder-Kunst-Demonstration zum Thema Biodiversität wird auf Umweltprobleme aufmerksam gemacht.</i>	6.6.2012–31.10.2012 U-3478 10.000 €
Partnerbesuch St. Dionysius Pfarrgemeinderat St. Dionysius – Freundeskreis Ghana <i>Mitglieder der Partnerkirchengemeinde in Ghana kommen nach Nordwalde und beteiligen sich als Referenten bei öffentlichen Veranstaltungen zu entwicklungspolitischen Themen.</i>	25.6.2012–1.12.2012 E-4798 3.570 €	Neuss natürlich! BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. <i>In der Stadt Neuss wird ein „Wildpflanzenband“ angelegt. Die Bepflanzung beginnt auf der Mittelinsel eines Kreisverkehrs.</i>	1.6.2012–30.11.2012 U-3482 2.450 €
Wirkungen von ethischem Investment Südwind e. V. Institut für Ökonomie und Ökumene <i>Analyse der Stärken, Schwächen und entwicklungspolitischen Wirkungen von unterschiedlichen Strategien im Bereich des ethischen Investments.</i>	1.11.2012–30.11.2013 E-4799 9.325 €	Schwarzbuch Artenschutz im Rhein-Sieg-Kreis BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. <i>In einem Schwarzbuch werden Beispiele von Verstößen gegen den Artenschutz dargestellt.</i>	10.8.2012–31.5.2013 U-3483 2.200 €
Interkulturelles Lernen und Jugendpartizipation The Global Experience e. V. <i>Die Internetplattform www.theglobalexperience.org, virtueller Treffpunkt von 9.000 Jugendlichen aus 170 Ländern, wird technisch aktualisiert und erweitert.</i>	1.7.2012–30.11.2012 E-4803 8.300 €	Intelligente Energie! Genial einfach – einfach genial! Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder Land Westfalen e. V. <i>Durch Schulungen und praktische Beispiele wird das Thema „Nachhaltiger Umgang mit Energie“ in Ortsgruppen und Bildungsangeboten des Projektträgers implementiert.</i>	1.9.2012–31.12.2012 U-3487 11.200 €
Programm zur interkulturellen Streitkultur Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen e. V. <i>Der Verein entwickelt und erprobt eine Fortbildung, die Mitarbeitende von Kindergärten in interkultursensibler Gewaltprävention schult. Die Ergebnisse werden publiziert.</i>	1.8.2012–31.12.2012 E-4805 10.000 €	Obstsorten-Arboretum Olderdissen in Bielefeld Pomologen-Verein e. V. <i>Ein Garten mit über 500 Apfel- und Steinobstsorten soll durch Beschilderungen und Informationstafeln für Besucher attraktiver werden.</i>	15.8.2012–31.12.2014 U-3489 10.000 €
Buchstabenzauber 2012/Caritasverband Remscheid e. V. <i>Veranstaltungsreihe zu Literatur, Kultur und Religion im Rahmen der Interkulturellen Woche.</i>	9.8.2012–30.10.2012 E-4807 5.255 €	In meine Stadt ohne Auto Förderverein des Lenkungskeises der „Lokalen Agenda 21“ in Düren e. V. <i>Im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche werden Aktionen für eine zukunftsfähige Mobilität durchgeführt.</i>	7.8.2012–31.10.2012 U-3492 2.110 €
Faire Gemeinde Trägerwerk des BDKJ in der Erzdiözese Paderborn e. V. <i>Gemeinden und kirchliche Einrichtungen werden durch Informationsarbeit und eine Auszeichnung motiviert, sich im Bereich Nachhaltigkeit und Fairer Handel zu engagieren.</i>	21.8.2012–21.8.2015 E-4808 8.000 €	Jugendliche aus zwei Kulturen für die Zukunft unserer Erde Förderverein Städtefreundschaft mit Jinotega e. V. <i>Im Rahmen einer Schulpartnerschaft besuchen acht nicaraguanische Schüler Solingen. Inhaltlicher Schwerpunkt des dreiwöchigen Begegnungsprogramms ist das Thema Müll.</i>	5.6.2012–31.10.2012 Z-5199 8.500 €
Zehn Tage – ein Viertel/Bürgerinitiative Südostviertel e. V. <i>Schallschutzmauern entlang der Autobahn A 40 werden durch internationale Künstler bemalt. Die Aktion wird durch ein (inter-)kulturelles Rahmenprogramm begleitet.</i>	25.8.2012–28.2.2013 E-4809 22.000 €	Gerechte Flächen- und Landnutzung global: „Land satt“ Südwind e. V. Institut für Ökonomie und Ökumene <i>Materialien und Veranstaltungen informieren über die globale Flächenkonkurrenz und über die Folgen von Lebensstilen und politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen.</i>	1.5.2012–31.12.2013 Z-5202 35.000 €
Neugestaltung Kaffeeparcours Evangelischer Kirchenkreis Krefeld-Viersen <i>Eine interaktive Ausstellung wird überarbeitet und ergänzt durch ein Begleitheft, eine DVD und ein Computerspiel, das den Kaffeehandel simuliert.</i>	1.9.2012–31.8.2013 E-4810 7.000 €	Kulturpädagogische Sommeraktion 2012 EIGEN-art e. V./Theater am Schlachthof <i>Bei der einwöchigen Sommeraktion in Neuss beschäftigen sich Kinder mit den Themen Krieg, Hunger und Umweltzerstörung, der Fokus liegt auf dem Kontinent Afrika.</i>	20.6.2012–31.10.2012 Z-5203 7.000 €
NaturGenuss: Regionale Gästeführer NABU-Naturschutzstation Münsterland e. V. <i>In einer neuen, zertifizierten Ausbildung für Tourenführer lernen die Teilnehmenden, im Münsterland selbstentwickelte Touren zu Natur, Kultur und Landschaft anzubieten.</i>	1.8.2012–31.1.2015 U-3427 14.804 €	Faires Fest 2012: Aktionen rund um den Fairen Handel Katholikenrat Wuppertal <i>Mit Diskussionen, Filmvorführungen, einer Ausstellung und einem Fest wird ein Beitrag zur Fairen Woche 2012 geleistet.</i>	1.8.2012–1.2.2013 Z-5205 7.650 €
Klimaschutzkampagne: Köln spart CO₂/KölnAgenda e. V. <i>Ein interaktives Internetportal ermöglicht es, individuelle CO₂-Einsparbeiträge von Kölner Bürgern für die Stadt- und Stadtviertelebene zu addieren. Eine Kampagne bewirbt das Angebot.</i>	1.10.2012–31.3.2014 U-3457 61.641 €	Weltenbummler – Gemeinsam auf Entdeckungstour Kompass e. V. <i>Ferienprogramm für Kinder mit Aktivitäten zu Umwelt, Fairem Handel und interkulturellem Lernen. Betreuer sind u. a. Studierende aus 20 Ländern</i>	1.7.2012–31.10.2012 Z-5207 18.500 €
Beschilderung eines Baumlehrpfades Dr.-Walter-Fink-Stiftung, Köln <i>160 unterschiedliche Baumarten, die entlang eines 3,2 km langen Baumlehrpfades wachsen, werden beschildert. An dem Projekt sind auch Schulen beteiligt.</i>	7.6.2012–30.11.2013 U-3458 9.900 €	Nachhaltige Großveranstaltung: Carnival der Kulturen Welthaus Bielefeld e. V. <i>Das Projekt erprobt die nachhaltige Gestaltung von Großveranstaltungen, u. a. durch Workshops und Beratungen für Akteure und einen Stufenplan mit konkreten Maßnahmen.</i>	20.2.2012–30.9.2013 Z-5212 59.000 €
Mobilität-Werk-Stadt Gelsenkirchen Förderverein Lokale Agenda 21 in Gelsenkirchen e. V. <i>Förderung nachhaltiger Mobilität in Gelsenkirchen durch Veranstaltungen, Multiplikatorenschulungen und Öffentlichkeitsarbeit.</i>	1.8.2012–31.10.2014 U-3461 90.950 €	Veranstaltungsreihe beim ökoRAUSCH-Festival Stadt Land Welt e. V. <i>Begleitprogramm zum „ökoRAUSCH – Festival für Design und Nachhaltigkeit“ mit Vorträgen, Workshops und Filmen.</i>	15.8.2012–31.10.2012 Z-5213 14.847 €
		Konferenz zur Nicaragua-Solidaritätsarbeit Informationsbüro Nicaragua e. V. <i>Zweieinhalbtägige Konferenz zur aktuellen Situation in Nicaragua, zur Solidaritätsarbeit und möglichen gemeinsamen Aktivitäten.</i>	1.9.2012–31.12.2012 Z-5214 13.800 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

HINWEISE



Foto: SEF

Symposium Paradigmenwechsel 2015

Seit 2009 richtet die Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) einmal jährlich das Bonn Symposium aus. Diese Veranstaltungsreihe dient als Plattform für den Wissens- und Erfahrungsaustausch über die Umsetzung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung. Das Bonn Symposium wendet sich an nationale wie internationale Experten, öffnet aber jeweils für eine Abendveranstaltung die Diskussion auch für die interessierte Öffentlichkeit. In diesem Jahr wird u. a. Mara Simane, die ehemalige Direk-

torin der lettischen NRO-Plattform LAPAS, über den Weg ihres Landes zu einer neuen globalen Entwicklungsagenda berichten. Die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen bietet gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) einen Workshop zum Thema „Eiweißfuttermittel und Entwicklungspolitik“ an.

→ 13./14. November 2012, Deutsche Welle und Haus der Geschichte, Bonn.

Weitere Informationen: www.sef-bonn.org

Tagung Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen

20 Jahre nach dem ersten Weltnachhaltigkeitsgipfel von Rio de Janeiro lädt das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen zu der Tagung „Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen – Wege in eine nachhaltige Zukunft“ ein. Neben einer Bestandsaufnahme zu 20 Jahren Rio- und Nachhaltigkeitsprozess in Nordrhein-Westfalen und einer Diskussion der Ergebnisse und Lösungsansätze der UN-Nachhaltigkeitskonferenz Rio+20 sollen neue Ansätze für die zukünftigen Nachhaltigkeitsaktivitäten in Nordrhein-Westfalen im Fokus der Tagung stehen. Eingeladen sind Nachhaltigkeitsakteure aus Kommunen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung

und Politik. Referieren werden auf Einladung von Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, u. a. Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung, und Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, sowie namhafte Nachhaltigkeitsexperten aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

→ 21. November 2012, 10:00 bis 17:00 Uhr, Mercatorhalle, Duisburg.

Weitere Informationen: Tagungsbüro, c/o MediaCompany GmbH, Amy Sandweg, „NRW-Nachhaltigkeitstagung“, Auguststraße 29, 53229 Bonn, Telefon 0228.90 96 6-26, tagung@nachhaltigkeit.nrw.de



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Workshop Antragstellung und Verwendungsnachweis – Gewusst wie!

Für potenzielle Antragsteller veranstalten wir in diesem Jahr noch einen Workshop, in dessen Rahmen wir umfassend über Antragstellung, Verwendungsnachweis und andere für die Förderung relevante Fragen informieren.

→ 26. November, 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr in den Räumen der Stiftung

Anmeldung per Post, Fax oder E-Mail an Gabriele.Rosemann@sue-nrw.de

Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und die Teilnahme kostenfrei.

IMPRESSUM

Ausgabe Oktober 2012

Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Der nächste Newsletter erscheint im Dezember 2012. Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de